Stadt Osnabrück

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung

des Bürgerforums Dodesheide, Haste, Sonnenhügel (12)

am Dienstag, 22. September 2009 Dauer: 19.30 Uhr bis 21.30 Uhr
Ort: Schulzentrum Sonnenhügel (EMA-Forum), Knollstraße 143

Teilnehmer/-innen

Sitzungsleitung:	Herr Oberbürgermeister Pistorius
von der Verwaltung:	Frau Bierbaum, Fachbereich Städtebau / Projekt Konversion
von der Stadtwerke Osnabrück AG:	Herr Kettler (Bäderbetrieb) Herr Reimler (Vertrieb u. Beschaffung Energie/Wasser)
Protokollführung:	Frau Hoffmann, Büro für Ratsangelegenheiten

T a g e s o r d n u n g

TOP	Betreff
1	Bericht aus der letzten Sitzung
2	Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte
	a) Verbot von Osterfeuern
	b) Sanierung der Grundschule Haste (Klassenräume, Turnhalle)
	c) Sachstand Straßenausbau Blumenmorgen
	d) Bushaltestellen an der B 68 (Einbindung in den Stadttarif)
	e) Grünfläche In der Dodesheide/Mecklenburger Straße
	f) Sachstand Konversion: 1. Vermietung/Vermarktung der ehem. Britenwohnungen (z. B. Fasanenweg) 2. Nachnutzung des Kasernengeländes am Limberg (B-Plan 578) 3. Vandalismus im Bereich der ehem. britischen Siedlungen
	g) Bebauungsplan Nr. 498 - In der Gartlage -
	h) Straßenverkehr Redekerstraße: Missachtung der Geschwindigkeitsbeschränkung
	i) Verlegung des Abfallwirtschaftszentrums zum Fürstenauer Weg
	j) Geruchsbelästigungen durch Fa. Herhof
	k) Sachstand Kraftwerksneubau auf dem Gelände der Fa. Ahlstrom
	l) Planungsstand 2. Bauabschnitt Auf dem Klee / Blumenmorgen
	m) "Räume" und Maßnahmen für Jugendliche im Bereich Sonnenhügel/Dodesheide
	n) Straßenzustand „In der Dodesheide“ (Haster Weg bis Ickerweg)
	o) „Unsichere Orte“ in den Stadtteilen Dodesheide und Sonnenhügel (Schwerpunkt Waldfriedhof Dodesheide)
	p) Abbau des Schilderwaldes
	q) Sachstand Dammer Hof
3	Stadtentwicklung im Dialog
	a) Entwicklung der Kasernenareale: - Winkelhausenkaserne - Römereschstraße - Kaserne Am Limberg
	b) Entwicklung der Wohngebiete: - Dodesheide - Sonnenhügel
	c) Bebauungsplan-Änderung Nr. 66 (2) - Hesselkamp -, 6. Änderung
4	Anregungen und Wünsche

Herr Oberbürgermeister Pistorius begrüßt ca. 60 Bürgerinnen und Bürger sowie die anwesenden Ratsmitglieder (Herr Görtemöller, Frau Jabs-Kiesler, Herr Thöle) und stellt die Verwaltungsvertreter vor.

1. Bericht aus der letzten Sitzung (TOP 1)

Herr Oberbürgermeister Pistorius verliest den Bericht aus der letzten Sitzung am 28.01.2009 mit den Stellungnahmen der Fachdienststellen zu den Anfragen und Anregungen der Bürger (siehe Anlage). Der Bericht wurde vor Sitzungsbeginn für die Besucher ausgelegt.

2. Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte (TOP 2)

2 a) Verbot von Osterfeuern

Herr Horst spricht sich aufgrund der zu Ostern 2009 aufgetretenen gesundheitlichen Beschwerden bei den Einwohnern der Stadt für ein Verbot der Osterfeuer aus.

Herr Oberbürgermeister Pistorius teilt mit, dass es aufgrund der starken Belastung der Luft Ostern 2009 in der Ratssitzung am 5. Mai 2009 einen Ratsauftrag gab, der zurzeit bearbeitet wird. Die Verwaltung wurde beauftragt, Gespräche mit dem Landkreis und den Umlandgemeinden zu führen, um ein einheitliches Vorgehen zu entwickeln. Weiterhin sollen Maßnahmen geprüft werden, die

- nur solche Feuer zuzulassen, deren Veranstalter einen öffentlichen Zugang erlauben,
- geeignet sind, die Menge des Brennguts zu reduzieren,
- geeignet sind, die Verbrennungsqualität des Brennguts zu verbessern.

In der Zwischenzeit wurden die Bürgermeister der Umlandgemeinden vom Oberbürgermeister der Stadt Osnabrück angeschrieben. In Kürze wird ein Gespräch mit der Verwaltung und Vertretern der fünf Umlandgemeinden stattfinden. Danach wird die Verwaltung dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Ergebnisse vorlegen. Zurzeit kann nicht gesagt werden, ob bzw. in welcher Form die Regelungen in der Verordnung* für die Durchführung von Osterfeuern durch Beschluss des Rates der Stadt Osnabrück geändert werden oder ob es eventuell gar keine Genehmigungen für Osterfeuer im Stadtgebiet mehr geben wird.

*Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Osnabrück

Herr Horst berichtet, dass zu Ostern mehrere Tage lang die Fenster der Wohnung geschlossen gehalten werden mussten. Dies sei weder Anwohnern noch Besuchern der Stadt zuzumuten.

Herr Oberbürgermeister Pistorius gibt zu bedenken, dass sich die klimatischen Verhältnisse nicht beeinflussen ließen, ebenso wenig wie die Schadstoffe, die über die Luftströme in das Stadtgebiet hineingetragen werden. Kleine Osterfeuer sind anzeigepflichtig, größere sind genehmigungspflichtig. Innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile in Osnabrück sind keine Osterfeuer mehr zulässig. Die Verwaltung führt vor Ort Kontrollen durch. Gegen eine generelle Abschaffung der Ausnahmegenehmigungen für die Durchführung von Osterfeuern gibt es Bedenken der Veranstalter, die sich auf das Brauchtum berufen.

2 b) Sanierung der Grundschule Haste (Klassenräume, Turnhalle)

Herr Spratte sowie Herr Fricke fragen nach dem Stand der Sanierungsarbeiten.

Herr Oberbürgermeister Pistorius berichtet, dass für die energetische und brandschutztechnische Sanierung des Schulgebäudes die Entwurfsunterlagen vorliegen. Die aus den Planungen resultierenden Kosten liegen, insbesondere durch die umfassend erforderlichen brandschutztechnischen Verbesserungen, erheblich über dem verfügbaren Kostenrahmen.

Den Mehrkosten wurde in der Ratssitzung am 01.09.2009 zugestimmt, die weitere Planung und Umsetzung der Maßnahme kann termingerecht erfolgen. Die Bauausführung soll ab Ende 2009 beginnen und im Laufe des Jahres 2010 abgeschlossen werden.

Die Dachsanierung der Sporthalle Haste ist abgeschlossen. Die Sporthalle steht seit 10. August 2009 dem Schul- und Vereinssport wieder uneingeschränkt zur Verfügung. Letzte Restarbeiten in der Gymnastikhalle (Wiederherstellung der Holz-Deckenbekleidung) werden in den Herbstferien 2009 erledigt, sofern die Restfeuchte aus den Dachschäden der letzten Jahre bis dann abgetrocknet ist.

Herr Fricke teilt mit, dass die Ausstattung der Turnhalle erneuerungsbedürftig sei.

Anmerkung der Verwaltung:
Während der Osterferien 2009 fand eine Begehung alle städtischen Turnhallen in Osnabrück durch eine Fachfirma statt. Diese Prüfung findet in regelmäßigen Abständen statt. Alle Geräte, die nicht mehr verkehrssicher sind, werden sofort außer Dienst gestellt. Alle anderen Arbeiten werden im Rahmen des vorhandenen Budgets nach und nach durch die Verwaltung abgearbeitet.

2 c) Sachstand Straßenausbau Blumenmorgen

Herr Spratte fragt, wann die Planungen für den Ausbau der Straße weitergeführt werden, nachdem es im Jahr 2008 eine erste Bürgerinformation gegeben hat.

Frau Bierbaum erläutert, dass zurzeit die Ausschreibung für das Bauvorhaben durchgeführt wird. Der Submission (Öffnung und Auswertung der Angebote) wird am 23.09. erfolgen. Die Ausführung des Straßenausbaus soll ca. Ende Oktober 2009 beginnen und voraussichtlich Mai/Juni 2010 abgeschlossen sein. Nähere Informationen sind erhältlich im Fachbereich Städtebau, Fachdienst Straßenbau (Dominikanerkloster, Hasemauer 1), Tel. 2617 (Frau Kruse).

2 d) Bushaltestellen an der B 68 (Einbindung in den Stadttarif)

Herr Spratte fragt, warum beim Einstieg an der Bushaltestelle in Höhe des Baugebietes „Auf dem Klee“ nicht der übliche Stadtbus-Tarif zu zahlen ist.

Herr Kettler berichtet, dass die Haltestellen „Oldenburger Landstraße/FH“ und „Auf dem Klee“ nicht von innerstädtischen Buslinien bedient werden, sondern von den Regionallinien 584, 585, 586. Dennoch liegen sie im Stadtgebiet von Osnabrück - und demzufolge gilt an beiden Haltestellen die Preisstufe 0, d. h. der innerstädtische Tarif. Die erste Haltestelle im Tarifgebiet der VOS Wallenhorst ist die Haltestelle „Johannissteine“. Nachfragen im Verkehrsbetrieb der Stadtwerke und beim Weser-Ems-Bus haben ergeben, dass diese Regelung allen Busfahrern klar sein sollte. Sie gilt bereits seit etlichen Jahren. Sollte es dazu kommen, dass ein Fahrer einen Fahrpreis nach Stufe 3 verlangen sollte, kann sich der Kunde gern auf die VOS-Geschäftsstelle berufen. Zudem wären die Stadtwerke für einen konkreten Hinweis dankbar und würden dem dann unmittelbar nachgehen. Die VOS-Geschäftsstelle ist erreichbar unter 0541/3572773.

2 e) Grünfläche In der Dodesheide/Mecklenburger Straße

Herr Berens fragt, wann eine Neubepflanzung erfolgt.

Herr Oberbürgermeister Pistorius berichtet, dass - wie schon in der Sitzung des Bürgerforum Dodesheide, Haste, Sonnenhügel am 28.01.2009 mitgeteilt - vom Eigenbetrieb Grünflächen und Friedhöfe geprüft wurde, ob im Rahmen des Pflegestufenkonzeptes die angesprochenen Flächen im Straßenbegleitgrün bepflanzt werden können.

Das Auftragsvolumen der Vergabe ist allerdings ausgeschöpft, sodass eine Einteilung dieser Fläche in die Pflegeklasse II vorgenommen wurde (hierin ist eine viermalige Mahd im Straßenbegleitgrün vorgesehen) und die Flächen mit einem Gras-Klee-Gemisch versehen wurden. Durch eine Änderung der Mäh-Tourenpläne konnten diese Flächen allerdings bislang schon achtmal in diesem Jahr gemäht werden, letztmalig am 7. September. Der Zustand der Flächen nach der Bewertung in Pflegestufe II liegt aufgrund des gesteigerten Schnitt-Intervalles über den vergleichbar eingestuften Flächen im gesamten Stadtgebiet.

Herr Berens berichtet, dass beim Mähen das Schnittgut auf den Bürgersteig geweht ist und noch nicht beseitigt wurde.

2 f) Sachstand Konversion:

1. **Vermietung/Vermarktung der ehem. Britenwohnungen (z. B. Fasanenweg)**
2. **Nachnutzung des Kasernengeländes am Limberg (B-Plan 578)**
3. **Vandalismus im Bereich der ehem. britischen Siedlungen**

Herr Berens, Herr Kunze sowie Herr Flesner fragen nach dem aktuellen Sachstand und den weiteren Planungen. Weiterhin wird auf Vandalismusschäden in den ehemaligen britischen Wohnarealen hingewiesen.

1. Vermietung/Vermarktung der ehem. Britenwohnungen (z. B. Fasanenweg)

Frau Bierbaum teilt mit, dass die Eigentümerin der Gebäude, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) ab Oktober die ersten Wohneinheiten am Sonnenhügel im Einzelverkauf anbieten werde und zwar im Bereich Am Vogelsang und Görlitzer Straße. Für „junge Familien“ gibt es die Möglichkeit, an einem Festpreisverfahren teilzunehmen, in dem nach bestimmten sozialen Kriterien entschieden wird. An der Görlitzer Straße soll erst der Ausbau der Zufahrt für den Zugang zum Garagenhof erfolgen. Am Fasanenweg wurden im August die Mehrfamilienhäuser im Paket an einen Investor verkauft. Für diese Gebäude ist eine umfassende Sanierung geplant, um den Wohnstandard anzuheben. Diese Gebäude sollen vermietet werden.

Herr Berens fragt, wie potenzielle Käufer mit den Hinweisen auf Kampfmittelrückstände umgehen sollen.

Frau Bierbaum erläutert, dass Hinweise nachrichtlich in die Bebauungspläne eingefügt werden, wenn es entsprechende Informationen vom Kampfmittelbeseitigungsdienst Hannover gibt. Dort erfolgt eine Auswertung alter Luftbilder. Ob tatsächlich Kampfmittel im Boden vorhanden sind, könne niemand aussagen. Bei geplanten Tiefbaumaßnahmen müsse daher vorab der Fachbereich Bürger und Ordnung kontaktiert werden. Die Käufer werden auf diese Situation hingewiesen. Das weitere Verfahren, z. B. hinsichtlich der Höhe des Kaufpreises, sei Sache zwischen der Eigentümerin der Flächen (BImA) und den Käufern. Konkrete Informationen zu den Kampfmittelverdachtsflächen sind erhältlich im Fachbereich Städtebau, Fachdienst Bauleitplanung (Dominikanerkloster/Hasemauer 1).

Weiterhin teilt Frau Bierbaum mit, dass entlang der Vehrter Landstraße nördlich der Grundstücke Marienburgstraße eine Lärmschutzwand errichtet wird. Im Stadtteil Dodesheide soll der Einzelverkauf der Wohneinheiten im Bereich Sonnenhof voraussichtlich im Oktober beginnen. Die ersten Häuser an der Ellerstraße wurden bereits im August an „junge Familien“ veräußert. Die weitere Vermarktung soll sowohl im Einzelverkauf als auch im Paketverkauf erfolgen. Die Vermarktung durch die Gladbau in der Schlesischen Straße, Ickerweg und Bierbaumsweg wird intensiv betrieben durch ein Büro vor Ort. In der Schlesischen Straße gibt es noch einen Leerstand, da eine Untervermietung bis zum Jahresende erfolgt ist. Die weitere Vermarktung wird dort ab Januar 2010 durchgeführt.

Eine Bürgerin fragt, wie die Reihen der 2-Familien-Häuser an der Brandenburger Straße / Richtung Ahornstraße vermarktet werden. Die Gebäude und die Gärten würden durch Feuchtigkeit und Nässe beeinträchtigt.

Frau Bierbaum erläutert, dass die BImA für diese Gebäude eine Einzelvermarktung plant, die zeitlich vorgezogen wird und ab 2010 erfolgen soll. Ein Abriss der Gebäude sei nicht vorgesehen. Allerdings solle nicht jeder Baumstandort im Bebauungsplan festgesetzt werden, so dass im Einzelfall eine Fällung möglich wäre.

Herr Berens fragt, ob Gebäude abgerissen werden können, falls sich dauerhaft keine Käufer finden.

Herr Oberbürgermeister Pistorius stellt klar, dass dies eine Entscheidung der Eigentümerin (BImA) sei. Die Stadt Osnabrück könne ihre Anregungen und Wünsche mitteilen und handele auch so. Schon zu Beginn des Projektes sei von der Verwaltung empfohlen worden, Schneisen zu bilden und die Bebauung aufzulockern. Die Eigentümerin der Fläche müsse bei der Vermarktung Richtlinien des Bundes beachten und einen gewissen Erlös erzielen. Die Entscheidung für den Abriss von Gebäuden müsse daher sorgfältig geprüft werden.

Ein Bürger teilt mit, dass an der Schlesischen Straße seit drei Wochen ein Sperrmüllhaufen liegt.

Herr Oberbürgermeister Pistorius weist darauf hin, dass der Abfallwirtschaftsbetrieb zurzeit eine Anmeldefrist von drei Wochen für die Sperrmüllabfuhr habe.

2. Nachnutzung des Kasernengeländes am Limberg (B-Plan 578)
siehe TOP 3a

3. Vandalismus im Bereich der ehem. britischen Siedlungen
Frau Bierbaum berichtet, dass Polizei und Verwaltung in Kontakt mit der Eigentümerin der Gebäude (BImA) stehen. Im Mai gab es mehrere Vorfälle, insbesondere im Bereich der Ahornstraße. Die Grundstückseigentümerin habe jeden Vorfall zur Anzeige gebracht. Bereits im Sommer wurde von der Polizei eine Gruppe von Jugendlichen gefasst, die für Vandalismusschäden und Diebstähle verantwortlich sein sollen. Seit Anfang September seien keine Störungen gemeldet worden. Das OS Team kontrolliert vor Ort. Die für die BImA tätigen Hausmeister kontrollieren ebenfalls regelmäßig und sorgen für die Wartungen in den Gebäuden.

Eine Bürgerin teilt mit, dass offenbar professionelle Täter vor Ort waren, die Fallrohre, Einbauküchen, Satellitenanlagen und Zäune abgebaut hätten. Die verwinkelten Grundstücke könnten kaum eingesehen werden. Wenn ein Ankauf durch Immobiliengesellschaften erfolgt, die nicht in Osnabrück ansässig sind, wäre das Interesse am Zustand der Gebäude wohl eher gering. Die Stadt könne einer solchen Entwicklung nicht tatenlos zusehen.

Frau Bierbaum bestätigt, dass eine rasche Vermarktung sehr wichtig sei. Daher werde das Verfahren der BImA im Oktober beginnen. Die Kaufpreise seien zudem nicht überteuert, sondern eher günstig.

2 g) Bebauungsplan Nr. 498 - In der Gartlage -

Frau Stab fragt nach den weiteren Planungen für das Baugebiet.

Frau Bierbaum berichtet, dass die frühzeitige Bürgerbeteiligung in Zeitraum 6.1. bis 6.2.2009 durchgeführt wurde. Es wurde eine große Zahl von Anregungen getätigt. Weiterhin mussten ergänzende Untersuchungen beauftragt werden, die zum Teil noch nicht abgeschlossen sind. Das Verfahren könne daher erst Anfang 2010 weitergeführt werden. Dann werde der

Entwurf eines Bebauungsplanes erarbeitet, der wiederum öffentlich ausgelegt wird und zu dem interessierte Bürgerinnen und Bürger nochmals ihre Anregungen mitteilen können.

Herr Oberbürgermeister Pistorius berichtet, dass mit einem Baubeginn nicht vor Ende 2010 zu rechnen sei.

Eine Bürgerin fragt, welche Untersuchungen durchgeführt werden.

Frau Bierbaum erläutert, dass grundsätzlich in jedem Bebauungsplanverfahren die Auswirkungen des Bauvorhabens auf die verschiedenen Schutzgüter (Mensch, Klima/Luft, Boden, Wasser, Landschaftsbild u. a.) zu bewerten und ggf. näher zu untersuchen sind (z. B. ökologische Belange, solartechnische Eignung, Lärmsituation, Verkehrsführung usw.). Ggf. sind Beeinträchtigungen durch geeignete Maßnahmen auszugleichen.

2 h) Straßenverkehr Redekerstraße: Missachtung der Geschwindigkeitsbeschränkung

Frau Grändorf berichtet, dass die Tempo-30-Zone oft mit Tempo 50-60 km/h durchfahren wird.

Herr Oberbürgermeister Pistorius teilt mit, dass bei der Überwachung des fließenden Verkehrs durch die Verwaltung die dazu ergangenen Richtlinien zu beachten sind. Danach sind Geschwindigkeitsüberwachungen dort zu konzentrieren, wo sich häufig Unfälle ereignen (Unfallbrennpunkte) oder die Wahrscheinlichkeit besteht, dass sich Unfälle ereignen werden (Gefahrenpunkte).

Eine Unfallhäufungsstelle liegt hier nicht vor. Die o. g. besondere Gefährdung, die für eine Verkehrsüberwachungsmaßnahme erforderlich ist, muss deutlich über das Maß an Gefahren hinausgehen, das üblicherweise durch den Straßenverkehr ausgelöst wird. Das kann zum Beispiel an Schulen, Kindergärten oder Senioreneinrichtungen der Fall sein.

Daneben müssen noch bestimmte technische Voraussetzungen an den Standort des Messfahrzeuges und an die Messstrecke erfüllbar sein. Der Fachbereich Bürger und Ordnung wird auf Basis der zuvor ausgeführten Erlasslage und der technischen Gegebenheiten vor Ort die Einrichtung eines Mess-Standortes prüfen.

Weiterhin wird demnächst zur Ermittlung der gefahrenen Geschwindigkeiten und der Verkehrsmenge eine Messung über einige Tage durchgeführt. Wenn die Verkehrsmenge für eine Straße in der Lage und der Bebauungsstruktur überdurchschnittlich hoch erscheint, wird ergänzend eine Durchgangsverkehrszählung durchgeführt.

Die Ergebnisse werden im nächsten Bürgerforum vorgestellt.

Ein Bürger fragt, warum gegen Parksünder so streng vorgegangen und bei Klagen wegen Geschwindigkeitsüberschreitungen eher zögerlich reagiert werde. Eine Geschwindigkeitsüberschreitung sei ebenso ein Verstoß gegen die Verkehrsregeln und müsse genauso geahndet werden.

Herr Oberbürgermeister Pistorius führt aus, dass Bürger oft über zu wenig Kontrollen der Falschparker klagen. Die Kontrolle bzw. Verwarnung verbotswidrig abgestellter Fahrzeuge könne relativ rasch erfolgen. Für Geschwindigkeitskontrollen müssten vor Ort bestimmte technische Voraussetzungen gegeben sein sowie die Richtlinien hinsichtlich der Gefahren- und Unfallschwerpunkten beachtet werden. Diese Regelungen dienen auch dem Schutz der Bürger, da die Kommune nicht willkürlich „blitzen“ dürfe. Die Verwaltung sei nicht verantwortlich für das Fehlverhalten einzelner Bürger, die eine Geschwindigkeitsbegrenzung missachteten. Einerseits gebe es viele Beschwerden der Bürger über Raser, andererseits beschwerten sich die Personen, die z. B. vor der Schule ihrer eigenen Kinder zu schnell fahren und dann vom Radargerät erfasst werden. Die Verwaltung könne und wolle keine permanente

Überwachung der Bürger durchführen. Die Mehrheit der Verkehrsteilnehmer halte sich an die Verkehrsregeln.

Ein Bürger hält die Art und Weise der Geschwindigkeitsmessungen nicht für sinnvoll. Wer die Messgeräte sehen könne, würde abbremsen und ein paar Meter weiter wieder Gas geben.

Herr Oberbürgermeister Pistorius erläutert die Anforderungen an einen Messstandort: Aus Gründen der Sicherheit erfolgt keine Installation auf der Fahrbahn, sondern am Straßenrand. Das Seitenradarmessgerät muss vor Vandalismus und Manipulation geschützt werden und kann daher nicht in Kniehöhe angebracht werden. Weiterhin dürfen keine Bäume, Gebäude oder parkende Fahrzeuge die „Sicht“ des Gerätes versperren. Die Ergebnisse der Messungen müssten im Zweifelsfall in einem Gerichtsverfahren Bestand haben.

2 i) Verlegung des Abfallwirtschaftszentrums zum Fürstenauer Weg

Herr Fricke fragt, wann die Verlagerung des Abfallwirtschaftszentrums zum neuen Standort erfolgen soll, welche bauliche Gestaltung vorgesehen ist und wie eine Schadstoffbelastung für die Anwohner vermieden wird.

Herr Oberbürgermeister Pistorius berichtet, dass noch keine endgültige Entscheidung zur Verlegung getroffen wurde. Daher könnten derzeit noch keine konkreten Angaben erteilt werden. Das Projekt befindet sich noch in der Vorentwurfsphase, in deren Verfeinerung / Vertiefung sich noch mannigfaltige Änderungen ergeben können. Insofern kann weder auf die bauliche Ausgestaltung eine Antwort erfolgen, noch auf den zeitlichen Rahmen. Die Verwaltung wird im nächsten Bürgerforum über den aktuellen Sachstand informieren.

2 j) Geruchsbelästigungen durch Fa. Herhof

Herr Fricke teilt mit, dass des Öfteren von Anwohnern aus Haste über Geruchsbelästigungen geklagt wird, die von der Abfallaufbereitungsanlage von Herhof am Fürstenauer Weg ausgehen.

Herr Oberbürgermeister Pistorius teilt Folgendes mit: Der Verwaltung ist das Problem bekannt. Die Fa. Herhof ist allerdings keiner Weisung der Stadtverwaltung hinsichtlich des Anlagebetriebes unterworfen. Sie steht aber unter laufender Überwachung des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes, das sich des Problems bereits angenommen hat.

Die Verwaltung hat ebenfalls mit der Betriebsleitung der Fa. Herhof Kontakt aufgenommen und nach der Möglichkeit von Geruchsemissionen des Betriebes gefragt. Die Betriebsleitung wies darauf hin, dass auf Grund des Unterdrucks in der Halle im normalen Betrieb Gerüche nicht nach außen entweichen können. Soweit etwa die nach der Genehmigung im Freien lagernden Altmetalle auf Grund von Müllanhaftungen Gerüche emittieren, seien Gespräche mit dem Gewerbeaufsichtsamt im Gange mit dem Ziel, diese demnächst zum größten Teil in der Stabilatanlage zu lagern.

Der Betriebsleiter legte zudem Wert auf die Feststellung, dass nicht alle Geruchsbelästigungen in der Gegend von der Fa. Herhof ausgehen. Erst vor kurzem habe ich sich die Sachbearbeitung des Gewerbeaufsichtsamtes bei einem Ortstermin davon überzeugen können, dass ein „abfalltypischen Geruch“ aus anderer Richtung herübergeweht sei.

Herr Brinkschulte berichtet, dass er gesehen habe, wie Türen und Fenster einen Spalt offen standen. Dadurch würde der Unterdruck in der Halle keine Wirkung mehr haben.

2 k) Sachstand Kraftwerksneubau auf dem Gelände der Fa. Ahlstrom
Herr Fricke bittet um Information über den aktuellen Stand des Kraftwerkneubaus der Firma Ahlstrom (ehemals Kaemmerer).

Herr Reimler weist einleitend darauf hin, dass die Planungen für ein Kraftwerk bereits im Frühjahr 2009 über die Presse veröffentlicht wurden. Für weitere Informationen könne man sich jederzeit an die Stadtwerke wenden. Eine Entscheidung über das Bauvorhaben sei noch nicht gefallen.

Herr Reimler stellt anhand einer Präsentation den Stand des Projektes „Hasekraftwerk“ Osnabrück vor. Als Standort ist das Werksgelände der Fa. Ahlstrom am Hafen vorgesehen. Dieser Standort ist gut geeignet, weil das Unternehmen neben Wasser und Strom auch Dampf für die Produktion benötigt. Geplant ist eine Anlage mit einer Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) auf einer Fläche von ca. 2 ha. Der Bedarf für das KWK-Kraftwerk würde bei etwa 220.000 t Ersatzbrennstoff pro Jahr liegen. EBS sind speziell aufbereitete Gemische aus heizwertreichen Abfallbestandteilen, z. B. Sortierreste aus Aufbereitungsanlagen, Gewerbeabfälle (Kunststoffe, Holzreste), Papier, Pappe, Textilien, Folien (Verbundstoffe), produktionsspezifische Ausschüsse (z. B. Rohpapier). Der biogene Anteil dieser Stoffe liegt bei 40 bis 60 %. Ein Kraftwerk mit einer modernen Rauchgasreinigung führt zu einer „Senke“ zum Beispiel bei Feinstäuben. Das heißt: es werden im Reingas weniger Schadstoffe in die Atmosphäre emittiert als in die Verbrennung aufgenommen werden. Der Betrieb unterliegt den Grenzwerten der 17. Bundesimmissionsschutzverordnung. Das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt führt eine permanente Überwachung der Emissionen durch.

Als Vorteile des Hasekraftwerkes seien z. B. die Standortsicherung durch wettbewerbsfähige Energiekosten und die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern zu nennen. Besonders hervorzuheben sei die CO_2-Reduzierung um bis zu 40.000 t bis 60.000 t pro Jahr.

Zurzeit werden die Machbarkeitsprüfung (technisch/wirtschaftlich) und die Brennstoffanfrage durchgeführt. Die weiteren Schritte sind die Vorbereitung des Genehmigungsantrages (geplant ab Herbst 2009) und die Einleitung des Genehmigungsverfahrens (Anfang 2010). Eine Entscheidung über den Bau des Kraftwerkes würde erst dann gefällt, wenn ein positiver Bescheid vorliegt (ca. Anfang 2011). Ausschreibungen und Baubeginn würden im ersten Halbjahr 2011 erfolgen, so dass ein möglicher Betriebsbeginn im ersten Halbjahr 2013 möglich wäre.

Herr Brinkschulte fragt nach dem Wirkungsgrad des geplanten Kraftwerkes.

Herr Reimler teilt mit, dass durch die Kombination von Strom- und Dampferzeugung ein Wirkungsgrad von 89 % erreicht wird. Ein Gaskraftwerk erreicht einen Wirkungsgrad von 55 %.

Herr Brinkschulte fragt weiterhin, ob das Trockenstabilat der Fa. Herhof bzw. das Material aus den Gelben Säcken in einem solchen Kraftwerk verwertet werden könnte.

Herr Oberbürgermeister Pistorius führt aus, dass diese Materialien theoretisch geeignet seien. Die Menge an Material, das bei Herhof erzeugt werde, sei aber nicht ausreichend für den Bedarf des geplanten Kraftwerkes. Die Abfuhr der Gelben Säcke in Osnabrück werde nicht durch die Stadt Osnabrück durchgeführt. Es müsse daher geprüft werden, von wo und mit welchen Transportmitteln das Material für das Kraftwerk beschafft werden könnte.

Ein Bürger fragt, ob das bestehende Kraftwerk saniert werden kann.

Dies wird von Herrn Oberbürgermeister Pistorius verneint. Auch mit einer aufwändigen Sanierung könne man den heutigen Stand der Technik nicht erreichen. Dafür sei die Anlage zu alt.

Herr Oberbürgermeister Pistorius erläutert, dass bereits im Sommer 2007 die Stadt Osnabrück mit Förderung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH den Auftrag erteilt hatte, Vorschläge zu erarbeiten, wie die Stadt und die Stadtwerke Osnabrück in den kommenden Jahren im Rahmen ihrer Einflussmöglichkeiten am effektivsten den Ausstoß des Treibhausgases CO_2 verringern können. Konkret hat das Wuppertal Institut zwölf verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen. Der Vorteil eines EBS-Kraftwerkes ergibt sich aus der enorm hohen Einsparung an CO_2-Emissionen im Stadtgebiet. Die Fa. Ahlstrom, die seit langem in Osnabrück ansässig sei, sei gut positioniert, müsse sich aber auch in Zukunft am Markt behaupten. Vor diesem Hintergrund sei die Projektplanung entstanden.

Herr Fricke bedankt sich für die umfassenden Informationen.

2 l) Planungsstand 2. Bauabschnitt Auf dem Klee / Blumenmorgen

Herr Fricke bittet um Information über den aktuellen Stand der Planung für das weitere Vorhaben.

Frau Bierbaum berichtet, dass ein so genanntes Umlegungsverfahren zur Neuordnung bzw. Aufteilung der Grundstücke erforderlich war. Nur dadurch können geeignete Flächen für die Baugrundstücke, die verkehrliche Anbindung, die Grünflächen usw. bereitgestellt werden. Das Verfahren soll im Oktober abgeschlossen sein. Die Erschließung der Bauflächen im östlichen Bereich des Blumenmorgens soll durch einen privaten Investor durchgeführt werden. Daher gebe es noch keine konkreten Festlegungen.

2 m) "Räume" und Maßnahmen für Jugendliche im Bereich Sonnenhügel/Dodesheide

Herr Kunze teilt mit, dass es auf dem Schulhof der Albert-Schweitzer-Schule/Heilig-Geist-Schule während der Sommerferien zu Zerstörungen und Brandstiftungen gekommen ist. Der Schulhof hat sich in den Abendstunden zu einem Treffpunkt für Jugendliche entwickelt. Herr Kunze fragt, ob Maßnahmen zum Auffangen der Jugendlichen angedacht sind und verweist auf das Projekt in Haste, wo mit Hilfe fachlicher Unterstützung die Bürger mit Jugendlichen ins Gespräch gekommen sind.

Herr Oberbürgermeister Pistorius trägt die Stellungnahme des Fachbereiches Kinder, Jugendliche und Familien vor:
Bei der Zerstörung und Brandstiftung auf dem Schulhof der Albert-Schweitzer/Heilig-Geist-Schule handelte es sich im Wesentlichen um einen einmaligen Vorfall. Nach Aussage des Schulleiters hat es keine weiteren Vorfälle in dieser Art gegeben. Des Weiteren sind nach Aussage der Polizei die Kinder und Jugendlichen bekannt, denen man die Zerstörungen zuschreibt. Die Polizei zeigt nach diesem Vorfall verstärkte Präsenz an der Schule.

Das Gemeinschaftszentrum Lerchenstraße steht in Kontakt mit der Schule, die sich bei weiteren Vorkommnissen an das pädagogische Team des Gemeinschaftszentrums wenden kann.

Zudem ist die mobile Jugendarbeit/Streetwork des Fachdienstes Jugend seit der Umstellung auf Sommerzeit im April 2009 regelmäßig mindestens einmal pro Woche in den Stadtteilen Dodesheide und Sonnenhügel vor Ort. Jeden Mittwoch werden in der Zeit von 16.00 bis 19.00 Uhr die Straßen Schlesische Straße, Pommersche Straße, In der Dodesheide, Dodeshausweg, der Bolzplatz Bierbaumsweg sowie der Spielplatz Knollstraße/An der Landwehr aufgesucht. Durch diese Maßnahmen hat sich ein guter Kontakt zu den in diesen Bereichen wohnenden Jugendlichen aufgebaut. Zusätzlich führen die Streetworker ein Sportangebot für diese Jugendlichen in der seit dem 1. August zur Verfügung stehenden Vereinssporthalle „Am Limberg“ durch. Der Treffpunkt auf dem Schulhof der Albert-Schweitzer-Schule/Heilig-Geist-Schule ist nach Informationen von Streetwork nicht so verfestigt wie vergleichsweise ehedem der Treffpunkt an der Schule im Stadtteil Haste. Weiterhin ist zu vermuten, dass dieser Jugendtreffpunkt auf dem Schulgelände sich vorerst auf die Sommermonate 2009

beschränken wird und mit zunehmend schlechterem Wetter und der bevorstehenden Wintermonate voraussichtlich wieder auflösen wird. Trotzdem werden ab sofort die Streetworker des Fachdienstes Jugend im Rahmen ihres Regelangebotes in der Dodesheide den genannten Schulhof mehrfach aufsuchen, um Kontakt zu den möglicherweise dort anzutreffenden Jugendlichen aufzunehmen und weitere Maßnahmen einzuleiten. Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Gemeinschaftszentrum Lerchenstraße werden in Zukunft regelmäßig das Schulgelände aufsuchen. Der Fachbereich geht davon aus, dass sich mit diesen Maßnahmen die Zerstörungen und Sachbeschädigungen auf dem Schulhof beenden lassen. Weitere projektbezogene Maßnahmen – analog zu früheren Maßnahmen im Umfeld des Stadtteil Haste – hält der Fachbereich für Kinder, Jugendliche und Familien derzeit für nicht erforderlich.

Herr Roggenkamp berichtet, dass nicht nur einmal, sondern mehrfach verdächtige Personen beobachtet wurden.

Herr Oberbürgermeister Pistorius bittet darum, Auffälligkeiten direkt dem Fachbereich Kinder, Jugendliche und Familien zu melden.

2 n) Straßenzustand „In der Dodesheide“ (Haster Weg bis Ickerweg)

Herr Berens weist hin auf den schlechten Zustand der Straße aufgrund der vielen Schlaglöcher.

Frau Bierbaum berichtet, dass in Kürze das Teilstück zwischen Thomaskirche und Ellerstraße eine neue Asphaltdecke erhalten wird. Diese Maßnahme wird aus dem Budget der Straßenunterhaltung finanziert. Anliegerbeiträge entstehen hierfür nicht.

Für den Abschnitt zwischen Haster Weg bis zur Thomaskirche ist eine Sanierung im Jahr 2010 vorgesehen, sofern hierfür die finanziellen Mitteln im Haushalt der Stadt zur Verfügung gestellt werden. Vorab werde eine Prüfung der Entwässerungsanlagen durchgeführt.

Herr Berens berichtet, dass der Abschnitt in der Weiterführung des Ickerweges von Baufahrzeugen beschädigt werde. Die Straße sei vor nicht allzu langer Zeit erneuert worden. Nun treten Schäden auf, für die die Verursacher haftbar gemacht werden müssten.

Herr Oberbürgermeister Pistorius teilt mit, dass die ausführenden Bauunternehmen angesprochen werden.

2 o) „Unsichere Orte“ in den Stadtteilen Dodesheide und Sonnenhügel (Schwerpunkt Waldfriedhof Dodesheide)

Herr Flesner fragt nach den Ergebnissen der Erhebungen und etwaig beabsichtigten Maßnahmen.

Herr Oberbürgermeister Pistorius teilt Folgendes mit:
Im Rahmen der Kriminologischen Regionalanalyse (KRA) sind durch die Bürgerinnen und Bürger für die Stadtteile Dodesheide und Sonnenhügel folgende, als unsicher eingeschätzte Orte benannt worden: Waldfriedhof Dodesheide (6 Nennungen), Bürgerpark (13), Hasefriedhof (8) und Bramscher Str. (3). Nach den Auswertungen der KRA gehören die beiden Stadtteile zu denjenigen mit einem über dem Durchschnitt liegenden Sicherheitsempfinden.

Beim Fachbereich Bürger und Ordnung gibt es lediglich für die Bereiche Waldfriedhof Dodesheide, Bürgerpark und Hasefriedhof ein Beschwerdeaufkommen. Für den Hasefriedhof und den Bürgerpark beschränkt sich dieses weitestgehend auf die Thematik frei laufender Hunde. Beide Bereiche werden regelmäßig im Rahmen des Streifendienstes des OS-Teams kontrolliert. Die Zahl der festgestellten, ordnungsrechtlich relevanten Sachverhalte ist gering. Neben Maßnahmen der Gefahrenabwehr erfolgt eine Verfolgung der Verstöße als Ordnungswidrigkeit.

Die Situation im Bereich des Friedhof Dodesheide stellt sich anders dar. Der Fachbereich Bürger und Ordnung hat erstmals im Mai über konkrete Beschwerden Kenntnis von gefahrenabwehrrechtlich relevanten Sachverhalten erhalten.

Über Mitteilungen aus der Bevölkerung und nachfolgend durch eigene Feststellungen ist bekannt geworden, dass sich hier regelmäßig Personen aufhalten und Alkohol konsumieren. Außerdem wurde Beschwerde darüber geführt, dass der Friedhof von Radfahrern regelmäßig befahren wird. Weiterhin kam es nach Mitteilung des Eigenbetriebs Grünflächen und Friedhöfe in der Vergangenheit zu Sachbeschädigungen. Mit Ausnahme des Befahrens des Friedhofs mit Fahrrädern beziehen sich die Feststellungen auf Vorfälle in den Abend- und Nachtstunden.

Ein ordnungsbehördliches Einschreiten ist nur möglich, wenn gegen die Regelungen der Friedhofsordnung bzw. der Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verstoßen wird, insbesondere wenn sich Personen auf Friedhöfen nicht entsprechend der Würde des Friedhofs verhalten. Hierzu wird auch der Konsum von Alkohol gerechnet. Der reine Aufenthalt auf dem Friedhof reicht nicht aus, um jemanden des Ortes zu verweisen. Das Fahrradfahren auf Friedhöfen ist verboten.

Seitens des OS-Teams wurden seit Mai regelmäßige Kontrollen, insbesondere in den Abendstunden, vorgenommen. Zwischenzeitlich ist die alte Toilettenanlage geschlossen worden. Seit Ende Juli, seitdem die neue, nachts verschlossene Toilettenanlage in Betrieb ist, hat es keine neuen Beschwerden gegeben. Bei den aktuellen Kontrollen im August und September wurden keine Verstöße festgestellt.

Herr Berens spricht das Eckhaus Schlesische Straße / Dodeshausweg (erstes Gebäude neben dem Waldfriedhof) an. Er berichtet, dass seine auswärtigen Besucher und er selber entsetzt waren über extrem hohen Lärm während der Weihnachtsfeiertage, der aus dem Haus drang. Gerade in der Nähe eines Friedhofs sei dies sehr störend.

Herr Oberbürgermeister Pistorius weist darauf hin, dass durch das OS Team regelmäßig kontrolliert werde. Private Feiern mit hoher Lärmentwicklung seien sicherlich nicht angenehm für die Nachbarn. Die Polizei könne aber nur dann eingreifen, wenn z. B. das Nachtruhegebot missachtet wird.

Weiterhin erläutert Herr Oberbürgermeister Pistorius, dass in Osnabrück die Kriminologischen Regionalanalyse (KRA) regelmäßig durchgeführt werde. Die Ergebnisse in den Stadtteilen seien unterschiedlich. Dabei spiele auch die Wahrnehmung des Einzelnen eine Rolle. So sei bekannt, dass z. B. ältere Frauen in bestimmten Situationen mehr Angst und Unsicherheit empfinden, auch wenn unter objektiver Betrachtung keine erhöhte Gefahr gegeben ist.

Hinsichtlich der weiteren Nutzung der britischen Wohngebäude steht die Stadt Osnabrück in engem Kontakt mit der Eigentümerin (BImA). So hat die Verwaltung u. a. angeregt, die Vermarktung der Gebäude reihen- bzw. blockweise vorzunehmen, damit keine Lücken entstehen. Die Vermietung an Studierende für die Dauer eines Semesters sei eine gute Übergangslösung, bis der Verkauf durchgeführt werden könne. Herr Oberbürgermeister Pistorius bittet darum, gravierende Auffälligkeiten an die Verwaltung zu melden, die dann Kontakt mit der Eigentümerin (BImA) aufnehmen werde.

Ein Bürger erläutert, dass in dem von Herrn Berens angesprochenen Gebäude seit längerem Vermietungen an Leiharbeitnehmer erfolgen, die ständig wechseln. Einige Personen wurden beobachtet, wie sie am Regenrückhaltebecken mit Drahtschlingen geangelt haben. Daraufhin wurde die Polizei informiert.

Ein weiterer Bürger berichtet, dass viel Müll an der Straße liegt. Weiterhin wurden Pkw ohne Kennzeichen beobachtet. Die Polizei musste dort mehrfach tätig werden. Herr Berens ergänzt, dass bei einer Razzia Schwarzarbeiter festgestellt wurden.

Herr Oberbürgermeister Pistorius erläutert, dass diese Vermietungen durch die Gladbau von der Stadt Osnabrück kritisch gesehen werden. Sie könnten durch die Verwaltung aber nicht verhindert werden. Wer sich als Leiharbeiter nur einige Monate in der Stadt aufhalte, könne sich so gut wie gar nicht am Wohnort eingliedern.

Eine Bürgerin spricht die Verkehrssituation am Dodeshausweg an. In Höhe der Bushaltestelle Waldfriedhof werde oft zu schnell gefahren. Dort müssen die Schulkinder auf die Busse warten. Das Umfeld der Haltestelle müsste besser beleuchtet werden. Neben dem Waldstück sei es relativ dunkel. Auf Dauer würden durch die Vermarktung der Wohnhäuser mehr Schulkinder die Bushaltestelle nutzen. Es wird angeregt, an dieser Stelle eine Querungshilfe anzulegen (Zebrastreifen).

Abschließend appelliert Herr Oberbürgermeister Pistorius an die Anwohner, die derzeitige Situation in den Stadtteilen nicht schlechtzureden und damit potenzielle Kauf-Interessenten oder Investoren zu verunsichern. Zurzeit sei vieles im Umbruch und mit Veränderungen verbunden. Die Dodesheide und der Sonnenhügel seien schöne Stadtteile und würden es auch weiterhin bleiben.

2 p) Abbau des Schilderwaldes

Herr Flesner fragt, welche Maßnahmen in den Stadtteilen Dodesheide, Haste, Sonnenhügel und Sonnenhügel geplant sind, da z. B. mehrfach 30 km/h-Ausschilderungen vorhanden sind.

Herr Oberbürgermeister Pistorius nimmt wie folgt Stellung: Aufgrund der Änderungen der Straßenverkehrsordnung (StVO) werden die Schilder im Stadtgebiet Osnabrück und somit auch in den Stadtteilen Dodesheide und Sonnenhügel in einem kontinuierlichen Prozess überprüft. Dabei werden immer wieder konkrete Beschilderungen in Frage gestellt. Sofern die Beschilderung nicht mehr erforderlich ist, wird diese entfernt.

Auf die Situation an der Süntelstraße/ Kornstraße und Lerchenstraße/ Hügelstraße ist aus dem Bürgerforum im Jahr 2006 hingewiesen worden. Seinerzeit wurde gefordert, die örtlichen Gegebenheiten zu überprüfen und ggf. die Geschwindigkeit auf 30 km/h zu reduzieren. Nach Überprüfung der Situation in den beiden o. g. Kurvenbereichen wurde im Einvernehmen mit der Polizei die zulässige Höchstgeschwindigkeit für den jeweiligen unmittelbaren Kurvenbereich auf 30 km/h reduziert. Damit soll die Verkehrssicherheit erhöht werden.

Diese Beschilderung muss vor jeder erneuten Kurve wiederholt werden, da die Geschwindigkeitsbeschränkung nach jeder Kurve kraft Gesetz endet. Da sich die Situation nicht geändert hat, wird die Geschwindigkeitsreduzierung von der Verwaltung weiterhin als erforderlich angesehen. Ein Rückbau der Beschilderung ist daher hier nicht möglich.

Herr Flesner berichtet, dass die Schilder sehr dicht hintereinander stehen. Ein Schild an der Süntelstraße vor der Kurve müsste ausreichend sein. Die Schilder in der Kurve seien nicht erforderlich. Er schlägt vor, die Tempo-30-Zone bis über die Kornstraße hinweg zu führen. Dann würden zwei Schilder ausreichen, statt der vorhandenen vier Schilder.

Herr Oberbürgermeister Pistorius gibt zu bedenken, dass beim Abbiegen in die Seitenstraßen jeweils durch Beschilderung das Ende einer Tempo-30-Zone angezeigt werden müsste. Die Verwaltung sei dafür verantwortlich, dass die Beschilderung an den Straßen den Vorschriften der Straßenverkehrsordnung entspricht. Sie müsse eindeutig und rechtssicher sein sowie eventuelle Gefahrensituationen (z. B. in Kurven) berücksichtigen.

2 q) Sachstand Dammer Hof

Herr Flesner erkundigt sich, ob es für das Vorhaben Dammer Hof einen neuen Sachstand gibt.

Frau Bierbaum berichtet, dass kein neuer Sachstand vorliegt. Die Gebäude und die Fläche befinden sich in Privatbesitz. Bisher sei kein Verkauf zustande kommen. Die Entwicklung der ehemaligen britischen Siedlungen könnte einen zusätzlichen Anreiz für potenzielle Investoren bieten. Sobald ein Investor konkretes Interesse habe, werde die Verwaltung für diesen Bereich eine Planung erarbeiten. Da es sich um eine private Fläche handelt, ist die Stadt Osnabrück weder für Unterhaltungsmaßnahmen noch für eine Verkehrssicherung zuständig. Es handele sich um keinen öffentlichen Straßenraum. Für die rot-weiß gestreiften Poller wurden Schlüssel an die Anlieger verteilt, damit sie auf die Fläche fahren und dort ihr Fahrzeug abstellen können. Diese Regelung basiere auf privaten Absprachen und könne nicht von der Verwaltung beeinflusst werden. Wenn die Poller nicht wieder zurückgesetzt werden, fahren die Kunden der Geschäfte auf dem Platz und parken dort. Dieses - nicht zulässige - Befahren des Platzes könne ausschließlich durch den Eigentümer geregelt werden.

Frau Jabs-Kiesler berichtet, dass im Umfeld des Dammer Hofes viele Gebäude saniert wurden und der Zustand des Platzes und vor allem der alten Gebäude am Dammer Hof umso bedauerlicher wäre. Es sei zu hoffen, dass auch die Ausweisung des Baugebietes In der Gartlage (Bebauungsplan Nr. 498) einen zusätzlichen Anreiz für Investitionen am Dammer Hof biete.

3. Stadtentwicklung im Dialog (TOP 3)

3 a) Entwicklung der Kasernenareale
- Winkelhausenkaserne - Römereschstraße
- Kaserne Am Limberg

Frau Bierbaum teilt mit, dass für die Winkelhausenkaserne an der Römereschstraße eine Rahmenplanung für das Gesamtareal erarbeitet wird. Dabei werden z. B. die verkehrliche Erschließung, die Oberflächenentwässerung sowie ökologische Gesichtspunkte durch entsprechende Fachbüros untersucht. Für die konkreten Planungen ist basierend auf den Ergebnissen der Fachuntersuchungen ein Bebauungsplan aufzustellen. Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung können Bürger zu gegebener Zeit ihre Anregungen und Wünsche mitteilen. Die Altlastenuntersuchung erfolgt durch das Staatliche Baumanagement Osnabrück-Emsland und soll in Kürze abgeschlossen sein. Die Verwaltung wird die Ergebnisse prüfen und ggf. Maßnahmen veranlassen.

Die Stadt Osnabrück hat im Rahmen des Förderprogramms Stadtumbau West einen Antrag auf Bezuschussung für die Neunutzung dieser Kasernenfläche gestellt. Dieses Förderprogramm sieht eine Bezuschussung vom Bund sowie vom Land Niedersachsen von je einem Drittel der Kosten vor. Ein weiteres Drittel ist von der Stadt Osnabrück zu tragen.

Auf den Kasernengeländen werden - wie auch auf den Flächen in Atter und am Westerberg - zurzeit Zwischennutzungen durchgeführt. Der Stadtsportbund nutzt die Halle und den Kunstrasenplatz. Weiterhin werden dort Übungen der Feuerwehr und von Hundestaffeln durchgeführt. Es gibt weitere Interessenten, die noch keine vertragliche Regelung geschlossen haben. Das Gelände ist nicht allgemein zugänglich, da es sich um keine öffentliche Fläche handelt. Daher werden Pförtner eingesetzt, die den Zugang für berechtigte Personen ermöglichen.

Der städtebauliche Wettbewerb ist abgeschlossen. Nun werden weitere Untersuchungen durchgeführt, insbesondere im Hinblick auf die Verkehrsanbindung. Die Haupterschließung des Areals der Winkelhausenkaserne soll zukünftig über die Römereschstraße erfolgen und

in das Gelände hinein führen. Durch die Straße An der Netter Heide soll kein Durchgangsverkehr mehr geführt werden.

Herr Oberbürgermeister Pistorius berichtet, dass in der Mitte des Geländes eine Grünverbindung geschaffen werden soll, die die Innenstadt mit dem Landschaftspark Piesberg verbindet. Der westliche Bereich der Fläche in Richtung des Hafens sei für Gewerbe vorgesehen. An den Gebäuden auf dem östlichen Teil der Fläche habe das Land Niedersachsen Interesse, das dort einige ihrer Dienststellen ansiedeln möchte.

Weiterhin teilt Herr Oberbürgermeister Pistorius mit, dass sich die Stadt Osnabrück auf der Messe EXPO REAL in München vom 5. bis 7. Oktober präsentieren wird. Es wird einen gemeinsamen Stand mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben sowie der Stadt Hanau geben. Dort werden durch den Abzug der amerikanischen Streitkräfte ca. 340 ha Flächen für eine neue Nutzung frei.

Herr Prof. Dicke fragt, ob die Kanalbrücke der Römereschstraße eine erhöhte Verkehrsmenge verkraften könne.

Herr Oberbürgermeister Pistorius führt aus, dass diese Brücke ohnehin verbreitert werden müsse.

Ein Bürger fragt, ob sich durch die schlechte Finanzlage der Stadt die Erschließung der Kasernengelände verzögern könne.

Herr Oberbürgermeister Pistorius erläutert, dass sich die Flächen im Eigentum der BImA befinden und von dort aus vermarktet werden. Die Stadt Osnabrück besitzt die Planungshoheit für das Stadtgebiet und ist zuständig für die Erarbeitung der Bebauungspläne, die vom Rat der Stadt Osnabrück beschlossen werden. Für weitere Infrastrukturmaßnahmen sowie die Ausweisung und Unterhaltung von Grünflächen sei ebenfalls die Stadt zuständig. Von den Anliegern sind Erschließungsbeiträge nach dem Baugesetzbuch zu entrichten. Als Hemmnis für eine schnelle Umsetzung der bereits erarbeiteten Konzepte erweist sich die derzeitige Kreditsituation bei Banken und Investoren.

3 b) Entwicklung der Wohngebiete:
- Dodesheide
- Sonnenhügel

siehe TOP 2 f

3 c) Bebauungsplan-Änderung Nr. 66 (2) - Hesselkamp -, 6. Änderung (beschleunigtes Verfahren)

Frau Bierbaum berichtet, dass die Umstrukturierung des Nahversorgungszentrums Anlass sei, das Gebiet städtebaulich aufzuwerten und das angrenzende Wohngebiet vom Verkehr des Misch- und Gewerbegebietes zu entkoppeln. Der Entwurf des Bebauungsplanes (Plangebiet zwischen Haster Weg, Hesselkamp, Dodesheider Landwehrgraben und Klusbach) liegt zurzeit im Fachbereich Städtebau öffentlich aus (Dominikanerkloster / Hasemauer 1) und kann im Internet unter www.osnabrueck.de/bebauungsplaene eingesehen werden. Anregungen und Wünsche können bis zum 2.10. mitgeteilt werden.

4. Anregungen und Wünsche (TOP 4)

4 a) Wiederherrichtung der Schulsportwiese an der Grundschule Haste

Herr Bongartz berichtet, dass die Schulsportwiese neben der Grundschule Haste als Hundeplatz genutzt wird.
Er regt an, die Wiese wieder für den Schulsport herzurichten. Die Schulkinder müssen auf die Illoshöhe ausweichen. Weiterhin wäre eine Nutzung durch die Sportvereine in den Nachmittagsstunden wünschenswert.

4 b) Verkehrssituation Ickerweg - oberer Abschnitt (bis Vehrter Landstraße) / Tempo-30-Zone

Eine Bürgerin fragt nach dem aktuellen Sachstand. Die Parksituation sollte neu geregelt und weitere verkehrsberuhigende Maßnahmen geprüft werden.

Anmerkung der Verwaltung zur Niederschrift:
Die Verwaltung hat im Bürgerforum am 28.01.2009 unter TOP 1 über die Planung informiert. Ein neuer Sachstand hat sich nicht ergeben, Die Veränderungen am Ickerweg sind im Verkehrsberuhigungsprogramm als Priorität 2 eingestuft und werden daher nachrangig geplant (und realisiert).

4 c) Bedarfsorientierte Straßenreinigung

Eine Bürgerin berichtet, dass sich an einigen Stellen der Zustand seit der Einführung der bedarfsorientierten Straßenreinigung verschlechtert habe. Auf einigen Flächen (z. B. Bürgersteig Ickerweg/Ecke Vehrter Landstraße) habe sich Grünbewuchs breit gemacht.

4 d) Umweltbelastungen durch Laubbläser

Ein Bürger spricht den Einsatz von Laubbläsern durch den städtischen Eigenbetrieb Grün und Friedhöfe an. Diese Geräte sind eine Belastung für die Anwohner. Sie erzeugen einen hohen Lärmpegel, wirbeln Staub auf und tragen zur Feinstaubproblematik bei. Es sollte eine Alternative für den Einsatz der Geräte gefunden werden.

Herr Oberbürgermeister Pistorius weist darauf hin, dass die Einrichtung der Umweltzone in Osnabrück ab 2010 vor allem das relativ hohe Aufkommen von Stickstoffdioxiden im Stadtgebiet reduzieren soll, das zu etwa 80 % durch den Straßenverkehr entsteht.

4 e) Straßensanierung „Panzerstraße“ (Vehrter Landstraße)

Eine Bürgerin teilt mit, dass die Straßensanierung gut ausgeführt wurde und eine Verbesserung mit sich gebracht hat.

Herr Oberbürgermeister Pistorius dankt den Besucherinnen und Besuchern des Bürgerforums für die rege Beteiligung und den Vertretern der Verwaltung für die Berichterstattung.

Hoffmann
Protokollführerin

Anlage

TOP 1: Bericht aus der letzten Sitzung

Die Verwaltung hat die Anregungen und Wünsche aus der Sitzung des letzten Bürgerforums bearbeitet und Folgendes veranlasst:

Anregungen und Wünsche aus der Sitzung am 28.01.2009	**Bericht der Verwaltung**
Buswartehäuschen für die Haltestelle Landeskrankenhaus, stadteinwärts (TOP 2 b)	Am Mittwoch, 23.09., findet ein Ortstermin mit den Anwohnern statt. Danach wird die Buswartehalle gebaut und voraussichtlich Ende Oktober / Anfang November aufgestellt.
Sachstand Dammer Hof (Gestaltung, Verkehrssicherheit) (TOP 2 e) Grünfläche In der Dodesheide/Mecklenburger Straße (Pflegezustand, Müllablagerungen u. a.) (TOP 2 i) Grundschule Haste - Sanierung Schulgebäude und Turnhalle (TOP 4 a)	▶ Diese TOPs wurden für diese Sitzung erneut angemeldet. In der Sitzung wird über die aktuellen Sachstände informiert.